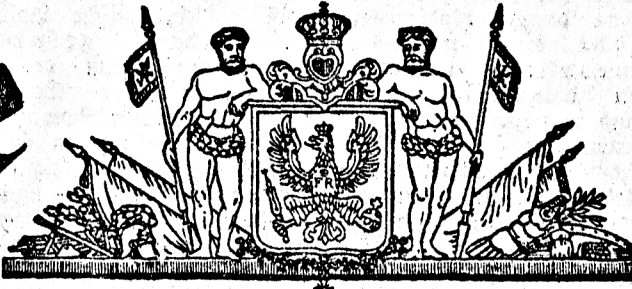


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Verminderung des polnischen Heeres

Wiederaufnahme der russischen Forderung.

Amsterdam, 16. September. (W. T. B.)

Die „Telegraaf“ meldet, hat Joffe, das Haupt der russischen Friedensdelegation, dem Vertreter des „Daily Chronicle“ mitgeteilt, daß die Sowjetregierung ihre ursprüngliche Forderung auf Herabsetzung der polnischen Seeresmacht aufrecht erhalte, um neue Angriffe in Zukunft zu verhindern.

Warschau, 16. September. (W. T. B.)

In einer Unterredung erklärte Boderewski, daß, falls der Friede zwischen Polen und Rußland zustande gekommen sein werde, was sehr wahrscheinlich sei, die Folge dieses Friedens die Anerkennung der Sowjetregierung als tatsächlicher, aber nicht als rechtmäßiger Regierung sein werde.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Moskau: Schitscherin wird persönlich an die Spitze der russischen Friedensdelegation in Riga treten.

Jonescus Auffassung von der kleinen Entente.

Drahtmeldung.

Paris, 16. September. (W. T. B.)

In einer Unterredung, die Late Jonescu in Vigles-Vains mit dem Mitarbeiter des „Temps“ hatte, sagte ihn dieser nach der auswärtigen Politik, die die kleine Entente, wenn sie zustande gekommen sein werde, verfolgen werde. Late Jonescu erwiderte: „Ich zögere nicht, Ihnen zu antworten: wenn es sich um eine kleine Entente handeln sollte, die in dem großen europäischen Streit neutral bleiben würde, so würde ich nichts von ihr wissen wollen. Für mich ist die Frage der Aufrechterhaltung des Friedens, der uns teuer ist, unlösbar verknüpft mit der Aufrechterhaltung des Status, den der Weltkrieg geschaffen hat. Dieser Status wird in der Hauptsache durch die Weststaaten bewacht. Die kleine Entente, deren Rolle in gleicher Weise die Aufrechterhaltung dieses Status wäre, könnte also keine andere auswärtige Politik haben, als das Bündnis mit dem Westen.“

Der polnische Angriffsplan.

Weitere Veröffentlichungen.

Ämtlich wird bekannt gegeben:

Die Feststellungen über die polnische Kampfgarnison in Oberschlesien werden durch weiteres hier inzwischen bekanntgewordenes Material erhärtet. In einem polnischen Bericht vom 9. September — L. 334/20 — heißt es, daß vielfach polnische Dokumente in deutscher Beschlagnahme gelangt seien. Anscheinend unterhalte einer der Kurier Beziehungen zu deutschen Stellen. Diese geheime Beobachtung scheint sich auch auf die eigenen Kurier zu erstrecken, da vorgeschrieben ist, daß Berichte über Personen aus dem eigenen Lager sofort dem Oberkommando zu übersenden sind.

Die Vermutung, daß der Aufmarschplan für die auf polnischen Boden bereitgestellten Streitkräfte auch zeitlich in engstem Zusammenhang mit dem auf oberschlesischem Boden beabsichtigten Vorgehen steht, wird aufs neue unterstützt durch eine Mitteilung des Kommandanten des 27. Beuthener Reserve-Schützenregiments, Janowski, datiert aus Krakau vom 2. 9., und gerichtet an das polnische Plebiszitkommissariat in Beuthen. Der Kommandant meldet, das erste, zweite und dritte Bataillon des Regiments ständen an der Grenze in Bereitschaft; am 10. September werde der Rest der Soldaten kommen, der Einmarsch erfolge auf Wunsch des Kommissariats. Diese Nachricht deckt sich mit den Erkundungen von anderer Seite. Danach stand in diesen Tagen zahlreiches polnisches Militär bei Sosnowice. Die Mannschaften hätten erklärt, sie seien für Oberschlesien bestimmt.

Des weiteren sind am 2. August Befehle zur schleunigen Beschaffung von Waffen an alle Kreiscommandanten ergangen. Am 14. August wird nochmals unter Hinweis, daß die Aktion jeden Augenblick beginnen kann, um sofortigen Rapport, u. a. auch über Zahl der Waffen und der Organisationen, Kompagnien und Kampfabteilungen ersucht. Außerdem sollen in der Zeit vom 14. bis 16. September vertrauliche Zusammenkünfte aller Kompagnieführer veranstaltet werden, um die Signale und Sammelpunkte für den Fall der Alarmierung zu verabreden und die Kompagnieführer über ihre Tätigkeit während der Aktion zu unterweisen. Für den 15. September ordnet das Oberkommando eine „Sitzung in wichtigen Angelegenheiten“ in Beuthen an und teilt mit, daß am 16. und 17. der Instrukteur des Oberkommandos Herr Stoelck die ein-

zelnen Bezirke bereisen werde. Gleichzeitig wird vor der Benutzung des Telefons gewarnt, da Befürchtung besteht, daß Gespräche belauscht werden.“

Nach den Erklärungen, die General Le Rond gestern dem Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ gegeben hat, darf erwartet werden, daß die Interalliierte Kommission das deutsche Beweismaterial unverzüglich prüft und jeden Versuch eines gewalttätigen Vorgehens mit aller Strenge unterbrücken wird. Welche weiteren Konsequenzen eventuell gegenüber dem polnischen Staate zu ziehen wären, wird sich aus der weiteren Entwicklung ergeben.

(Siehe auch dritte Seite.)

Die künftige Elektrizitätswirtschaft.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 16. September.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen des Reichsfinanzministers von Raumer mit der bayerischen Regierung über die Frage der Elektrizitätswirtschaft wird in einer halbamtlichen Notiz u. a. mitgeteilt: „Der Reichsminister legt keinen Wert auf die allgemeine Vereinfachung der elektrischen Anlagen oder auch nur auf eine überwiegende Beteiligung des Reiches an solchen. Er sieht den richtigen Weg in der Bildung von Bezirksamtsvereinigungen und deren Zusammenfassung in einer führenden Reichsgesellschaft.“

Für die Weiterführung des im Bau begriffenen Bayernwerkes wurde eine geeignete vorläufige Grundlage gefunden, die unter Überwiegender Beteiligung öffentlicher Körperschaften die Mitwirkung der beteiligten leitenden Fachleute vorsieht. Was die Wasserkraft anlangt, so will er nur um die Ueberlassung weniger bestimmter Kräfte für die Rohstoffwirtschaft des Reiches in reichselgenen Werken nachsuchen und im übrigen der Verwertung der Wasserkraft möglichst freie Bewegung auf der Grundlage der Selbstverwaltung lassen, wobei eine Mitbeteiligung des Reiches keineswegs ausgeschlossen sein soll. Die Verhandlungen werden im geeigneten Zeitpunkt fortgesetzt werden.“

Das neue Reichsforstgesetz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 16. September.

Der Reichsforstwirtschaftsrat, der gegenwärtig hier tagt, hat dem Beschlusse seiner Ausschüsse zu dem Entwurf eines Reichsforstgesetzes zugestimmt. Das Gesetz unterstellt alle Privat- und Kommunalwaldungen der Staatsaufsicht und schreibt vor, daß die Länder Waldgrundverzeichnisse aufzustellen und fortzuführen haben. Für Waldungen, die eine von der Landesgesetzgebung festzustellende Mindestgröße haben, sind allgemeine periodische Distriktspläne aufzustellen. Die Ueberführung von Waldböden in eine andere Benutzungsart ist genehmigungspflichtig. Abgeholt Flächen sind binnen drei Jahren wieder aufzuforsten.

Die Durchführung der staatlichen Aufsicht bei Privatwaldungen erfolgt in der Weise, daß die Oberaufsicht dem staatlichen Organ bewahrt bleibt. Mit der Ausführung der Aufsicht werden die forstlichen Selbstverwaltungs- und Vertretungskörper beauftragt. Das Gesetz ist nur als Rahmengesetz gedacht, das für die Landesgesetzgebung grundlegende Normen aufstellt. Der soziale und wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hatte beschlossen, daß die deutsche Holzwirtschaft gemeinschaftlich geregelt werden müsse. Der Reichsforstwirtschaftsrat hat diesen Beschluß mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Der „Eisenberger Streik“.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 16. September.

Das hiesige Organ der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die „Münchener Post“, nimmt energisch gegen den Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger gefaßten Generalstreikbeschlusses des Gewerkschaftsvereins und des Aktionsausschusses der Betriebsräte Stellung. Das Blatt erachtet die Außerkräftsetzung des Beschlusses für selbstverständlich, da die Masse der Arbeiter bei dem geplanten Generalstreik mit dem Herzen nicht dabei sei. In der Tat kann man feststellen, daß bis in die Reihen der U. S. P. hinein unter der sozialdemokratischen Arbeiter-schaft nur wenig oder gar keine Lust besteht, sich vor den Wagen der K. P. D. spannen zu lassen. Trotzdem hat, wie man hört, eine neue Sitzung des Aktionsausschusses beschlossen, an dem Generalstreikbeschlusse festzuhalten. Unter diesen Umständen kann man unschwer prophezeien, daß der für morgen bereits von 10 bis 12 Uhr angelegte Generalstreik ein Schlag ins Wasser werden wird.

Kontinentalpolitik oder — ??

Von

Georg Bernhardt.

Die Pressestellen, die aus Reichs- oder Staatsmitteln bezahlt werden, um der fremdländischen Propaganda in Deutschland, insbesondere der polnischen in Oberschlesien, entgegenzutreten, halten sich für befugt, einen Teil ihres Geldes und ihrer Arbeitskraft in einem mit den strapellosesten Mitteln geführten Kampf gegen die „Vossische Zeitung“ zu verschwenden. In jedem Tag wird uns aus einer andern Gegend des Reiches irgend ein kleines Blatt mit einem entsprechenden Leitartikel zugesandt. Und alle diese Aufsätze vertragen nur allzu deutlich, daß sie von irgendwelchen Zentralstellen inspiriert oder womöglich gar in solchen Zentralstellen geschrieben und von ihnen vervielfältigt und verbreitet worden sind. Diese Aufsätze richten ihre Angriffe außer gegen die Kontinentalpolitik im allgemeinen, im besonderen gegen die Beurteilung der oberschlesischen Frage und der Verhältnisse im Saargebiet durch die „Vossische Zeitung“. Fast in allen lehrt die gleiche Ueberheblichkeit wieder, in der im Namen „aller Oberschlesier“ oder „der gesamten Saar-Deutschen“ Protest erhoben oder „Bewahrung eingelegt“ wird. Die Zustimmungen, die uns von erprobten nationalen Männern und Frauen aus dem Saarland und aus Schlesien zugegangen sind, veranlassen uns, diese Proteste und Bewahrungen nicht allzu ernst zu nehmen. Aber der Leser, der von der politischen Stellung der „Vossischen Zeitung“ weiter nichts kennt, weiß nun wenigstens, daß die böse „Vossische Zeitung“ einzig und allein die Schuld trägt, wenn alle Bemühungen der deutschen Regierung fehl schlagen, dem deutschen Volke wieder bessere Tage zu verschaffen. Die „Vossische Zeitung“ ist sozusagen „das Loch in der Front“, durch das die bösen Feinde eindringen können. So stellt sich z. B. anscheinend einem kleinen Blatt im Osten Deutschlands die politische Situation dar, das zwar auf der einen Seite die Kontinentalpolitik der „Vossischen Zeitung“ heftig bekämpft, weil sie sich gegen England richtet, wenige Zeilen danach aber seinen Lesern mitteilt, dieselbe „Vossische Zeitung“ habe bei den Entschädigungsverhandlungen wegen Scapa Flow die Engländer so wirksam unterstützt, daß Deutschland deshalb 50 000 Tonnen mehr Schiffsraum habe hergeben müssen. Wir sind allmählich an alle möglichen Verdächtigungen gewöhnt worden, aber die Behauptung, daß die „Vossische Zeitung“ nun auch schon der englischen Politik Liebesdienste erweise, ist wenigstens einmal eine neue Nuance in der Beschimpfungskampagne, die nachgerade anfang, etwas eintönig zu werden. Jetzt fehlt bloß eins noch: daß von uns behauptet wird, die „Vossische Zeitung“ sei die eigentliche Urheberin der Polenproklamation vom 5. November 1916 und habe konsequent jeden Friedensschluß mit Rußland verhindert.

Eine solche Behauptung könnte man etwa mit genau dem gleichen Recht aufstellen, wie jüngst Matthias Erzberger in seinen Memoiren von sich selbst behauptet hat, er habe die Gefährlichkeit der Gründung des polnischen Staates rechtzeitig erkannt. Es ist einigermaßen amüsant, zu lesen, wie die Philippika Erzbergers gegen die Polengründung, vor allem aber seine Feststellung, daß dadurch der Friede mit Rußland unmöglich gemacht worden sei, von dem größten Teil der deutschen Presse kommentarlos nachgedruckt wird. Auch von denjenigen Blättern, die, wie zum Beispiel der „Vorwärts“, jetzterzeit sich gar nicht genug darin tun konnten, das „Befreiungswort“, das Deutschland da vollbrachte, zu loben. Damals stand die „Vossische Zeitung“ mit einer kleinen Schar deutscher Männer fast völlig isoliert. Damals wurde die „Ostorientierung“, die sie vertrat (die auch zu jener Zeit schon nur als ein Teil einer gesamteuropäischen Orientierung von uns propagiert wurde), mit genau den gleichen Argumenten und Verdächtigungen bekämpft, die man heute gegen die Kontinentalpolitik ins Feld führt. Damals war die „Vossische Zeitung“ „russophil“ und warf „sich den Russen an den Hals“. Heute behauptet nun plötzlich Erzberger, daß Stürmer eingeseht worden sei, um den Frieden mit Deutschland zu schließen, und daß Deutschlands Polenpolitik Stürmer stürzte. Alles alte Argumente der „Vossischen Zeitung“, in den Jahrgängen 1916—1920 nachzulesen! Aber als Polen gegründet wurde, war Erzberger Führer der mächtigsten Reichstagsfraktion. In seiner Hand lag es, das Unglück der Polengründung zu verhindern. Wenn er es nicht tat, obwohl er die Folgen wußte, so hat er ungeheure Schuld auf sich geladen. Und entpöchte die Darstellung in seinen Memoiren der Wahrheit, so gehörte er auf Grund seiner Selbstanlage vor den Staatsgerichtshof. Aber Erzberger scheint an Erinnerungstäuschungen zu leiden. In Wirklichkeit hat er damals nicht im mindesten die ungeheure Gefahr der Bethmannschen Polen-Politik erkannt und sie keinesfalls grundsätzlich bekämpft. Nur gegen Einzelheiten hat er sich gewandt. Ihn interessierte an der ganzen Frage hauptsächlich, ob Oesterreich oder Deutschland die Führung im neuen Polen erhalten und wer dort König werden würde. Aber die Verfechtung dieser Politik lag nicht in solchen Einzelheiten, sondern lag darin, daß die Polenpolitik ein Bestandteil der gesamten Weltverhältnisse gegen Rußland war.